Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1902

38 (23.1.1902) Landtags-Beilage

Visual Library

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 23. Jan.

Mit einer längeren Rede griff heute der Finanzminister in Fortsetzung der Beratung des Finanzgesetzes und der Interpellationen die Diskussion auf. Zunächst widerlegte er das von dem Abg. Muser gegen die Zollerhöhungen ins Feld geführte Argument, wonach die Grundstückswerte unverhältnismäßig gesteigert und so den Großgrundbesitzern ein namhaftes Geschenk vom Staate in den Schooß geworfen würde, mit dem Hinweis auf die geringe Beweglichkeit des Landbesitzes beim Uebergang in fremde Hände. Dadurch werde praktisch das auf den ersten Augenblick so bestechend erscheinende Argument in seiner Wirksamkeit auf ein Minimum zurückgeführt. Auch die Befürchtungen, die Herr Muser hinsichtlich der Hypothekenbelastung beim Anerbenrecht ausdrückte, entspreche nicht den Thatsachen, da bei der Einschätzung der Güter nicht die momentane Konjunktur, sondern ein Durchschnitt der letzten Jahre angenommen werde. Der Minister kam sodann auf den allmählich zur klassischen Berühmtheit gewordenen „Rechenfehler“ im Eisenbahnbudget zu sprechen und suchte an praktischen Beispielen nachzuweisen, daß eine anderweitige Etatisierung der Ausgaben an der ganzen Finanzgebahrung absolut nichts ändere. Die Erhöhung des Betriebskoeffizient hänge nicht mit der Aufstellung des Ausgabebudgets zusammen, sondern einfach damit, daß wir gewöhnt seien, unser Eisenbahnwesen auf einem etwas flotteren Fuße zu halten, als dies vielleicht anderwärts der Fall sei. Mit großer Wärme griff der Finanzminister den kürzlich von dem Abg. Wilckens angeregten Wunsch auf, daß bei einer Revision des Beamtengehaltstarifs die höheren Beamten nicht leer ausgehen dürften. Der Herr Minister meinte, daß ein gewisser Mut dazu gehöre, dieses Thema zu berühren, aber es sei in der That nicht zu bestreiten, daß nicht nur in den Familien der kleinen und mittleren Beamten Frau Sorge mit dem härenen Gewand umgehe, sondern auch in denen der höheren Staatsdiener. Als dringend notwendig bezeichnete sodann der Finanzminister die Reichsfinanzreform, indem er nachdrücklich auf das Bedenkliche einer Situation hinwies, in der die Unberechenbarkeit der Matrikularbeiträge eine vollständige Verschiebung der finanziellen Verhältnisse des einzelnen Bundesstaates herbeizuführen im Stande sei. Der Minister schloß seine sehr gründlichen Ausführungen mit einem Appell an das Haus, diesen auch politisch für die Einzelstaaten sehr wichtigen Vorgängen ein aufmerksames Augenmerk zuzuwenden. Nach den Ausführungen des Finanzministers wollte es dem Centrumsabgeordneten Eckert mit seiner tadellos auswendig gelernten Rede, die aber mindestens um eine Woche zu spät kam, absolut nicht mehr gelingen, die Aufmerksamkeit des Hauses auch nur teilweise zu fesseln. Der Redner hatte eine ganze Menge statistischen Materials fleißig zusammengetragen, aber die Art und Weise, wie er es an den Mann zu bringen suchte, entbehrte auch jedes unmittelbaren persönlichen Reizes. Seine Darlegungen gipfelten darin, daß die Zollerhöhung nicht nur für die Landwirtschaft notwendig sei, sondern daß die ganze Bevölkerung an ihr ein Interesse habe. Als der Redner geendet hatte, war es, namentlich auf der rechten Seite des Hauses, recht leer geworden, dagegen standen — für den oratorischen Effekt ein bedenkliches Zeichen — im Saale da und dort plaudernde Gruppen herum, die sich erst wieder auf ihre Plätze verfügten, als Staatsminister v. Brauer das Wort nahm, um den politischen, bezw. neutralen Standpunkt gegenüber den Parteien nochmals zu betonen und dem Hause auseinanderzusetzen, wie er seine kürzlichen Aeußerungen hinsichtlich der Konfessionalität des fünften Ministers aufgefaßt wissen wollte. Nach dem Minister sprach mit großer Zungenfertigkeit, aber in einer im Vergleich zu dem Hitzegrad seines Jungfernspeechs merklich abgekühlten Form der Abg. Eichhorn gegen die neulichen Ausführungen Dr. Schenkels. Natürlich fehlte es nicht an den bekannten Ausfällen gegen die kapitalistische Mißwirtschaft unserer Zeit, auch nicht an weitschweifigen Perorationen über Monarchie, Religion und Zukunftsstaat, über dessen Ziele übrigens auch Herr Eichhorn nur recht unklare Begriffe zu haben scheint. Seiner stellenweise recht temperamentvollen Abrechnung mit dem Abg. Wacker konnte man mit einer gewissen Behaglichkeit des tertius gaudens zuhören. An dem Falle Opificius und anderen glaubt Herr Eichhorn den Nachweis führen zu können, daß von einem Wohlwollen der Regierung gegen die Sozialdemokratie, das Herrn Wacker anscheinend mit Neid erfüllt habe, nichts zu spüren sei. Eichhorn ging dann ausführlich auf die Agrarfrage ein, ebenso Neuhaus, der neu gewählte Vertreter von Walldürn. Vorher hatte sich Staatsrat v. Dusch mit sehr überzeugenden juristischen Darlegungen gegen Eichhorns Schilderung vom Falle Opificius gewendet. Die nächste Sitzung ist morgen Nachmittag 4 Uhr. Der Präsident hofft bestimmt, daß die Debatte bis Ende der Woche beendet sein wird.

Zweite Kammer.

26. Sitzung.

Anwesend sämtliche Minister und einige Ministerialräte.

Präsident **Gönner** eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und läßt durch den Sekretär einige Eingaben verlesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort der Minister des Innern, **Schenkel**, der namens der Großh. Regierung zwei Gesetzentwürfe dem Hause unterbreitet. Der erste betrifft die Errichtung einer Landwirtschaftskammer im Wege einer Verordnung. Die Landwirtschaftskammer solle auf denselben Boden gestellt werden wie die Handels- und Handwerkskammern und die in sie zu entsendenden Vertreter sollen durch direkte Wahlen von berufsmäßigen Landwirten gewählt werden. — Der zweite vorgelegte Gesetzentwurf betrifft die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes vom 29. März 1842. Der Hauptkern dieser Aenderung besteht darin, daß den auf dem letzten Landtag bezüglich der Gebäudeversicherung geäußerten Wünschen entsprochen wird. In weniger wichtigen Punkten und in redaktioneller Beziehung sei der Entwurf gleichfalls einer Aenderung und Ergänzung unterzogen worden.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Finanzminister Dr. **Buchenberger** erhält das Wort, um zunächst ein vom Abg. Muser in der Bekämpfung der Getreidezölle angeführtes Argument zu widerlegen. Abg. Muser habe gesagt, mit der Erhöhung der Getreidezölle steige die Rente und damit auch der Wert eines Grundstücks, den Grundbesitzern falle damit ein Geschenk in den Schooß. Er wolle einräumen, daß das ein bestechendes Argument sei, nach der theoretischen Seite hin, die praktische Bedeutung sei aber in seinen, (des Redners), Augen eine äußerst geringfügige. Wenn wirklich eine Grundwertsteigerung eintrete, so habe die große Masse der Grundbesitzer keinen Nutzen davon. Der Abg. Muser habe bei seiner Betrachtungsweise den bedeutungsvollen Umstand übersehen, daß der Grund und Boden keine Ware sei, die sich Woche für Woche umsetzen lasse, sondern daß er unbeweglich ist. Der Umsatz sei ein verhältnismäßig geringer, in weiten Teilen des Deutschen Reiches sei der Grund und Boden eben unbeweglich, er gehe eben vom Vater auf den Sohn über. Für diejenige Zeit, für welche die jetzige Zollpolitik in Anspruch genommen werde, könne man nach seiner Ansicht mit gutem Gewissen sagen, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung positiven Nutzen von den Getreidezöllen haben werde. Wenn der Abg. Muser sage, die unheilvolle Wirkung der Zölle werde sich auch in zunehmender Verschuldung zeigen, so gelte hierfür dasselbe, was er, Redner, schon ausgeführt habe. Es scheine ihm, daß die theoretischen Bedenken sehr auf die Spitze getrieben worden seien und es gelte hier das Sprichwort: Grau ist alle Theorie. Der Redner geht dann nochmals auf den sogenannten „Rechenfehler“ im Eisenbahnetat ein und macht in dieser Beziehung nähere Angaben. Materiell habe sich in der Lage unseres Eisenbahnetats gar nichts geändert. Es sei auch die Frage aufgeworfen worden, ob es vielleicht nicht richtiger sei, unseren Eisenbahnbetriebsetat in den Ausgaben zu entlasten, es sei auch die Vermutung ausgesprochen worden, der Eisenbahnausgabebetriebsetat sei in einer zweckwidrigen Weise mit Ausgaben belastet, um künstlich gewissermaßen die thatsächlichen Ergebnisse herunterzuschrauben und um ein verschleiertes Bild zu geben. Er habe auf die Fixierung des Eisenbahnetats niemals Einfluß gehabt und auch nicht gewünscht. Er sei bezüglich dieses Etats mit dem Eisenbahnminister ganz derselben Meinung. Er habe nicht die Sachkunde in Eisenbahnangelegenheiten wie der Abg. Frühauf (Heiterkeit), aber er müsse bestreiten, daß die Praxis, die wir seit Jahren eingehalten haben, sich irgendwie von der anderer Verwaltungen unterscheide, und wenn sie sich unterscheide, so sei es darin, daß wir unseren Etat mit geringeren Ausgaben belasten wie andere Staaten. Der Redner führt dafür Beispiele und Rechenexempel an. Im Vergleiche mit Privatbahnen ständen unsere Bahnen vollends günstig da. Wir müßten eben teurer wirtschaften, weil unser Eisenbahnwesen etwas flotter ausgestaltet ist, weil wir dem Publikum größere Annehmlichkeiten darbieten und besser für unsere Angestellten sorgen wie das anderwärts der Fall ist. Der Finanzminister besprach darauf die allgemeine Finanzlage. Wenn hier vielleicht im Vertrauen auf die wirtschaftliche Hochkonjunktur etwas gesündigt worden, so müsse man eben jetzt, wo diese verschwunden sei, mit sinkenden Ueberschüssen rechnen; es müsse etwas Sparsamkeit eintreten, und man müsse sich etwas Ruhe gönnen. Der Abg. Wilckens habe auch eine Revision des Gehaltstarifs angeregt. Es scheine ihm, Redner, aber höchst zweifelhaft, ob es möglich sei, schon im nächsten Jahre eine solche Vorlage einzubringen. Wenn man mit einer Durchschnittsaufbesserung von 15 Proz. rechne, so würde das einen Mehraufwand von 3 Millionen Mark bedeuten, die seien nicht so leicht zu beschaffen, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, ohne Verschärfung der Einnahmen. Die Regierung werde an diese Frage nur herantreten, wenn das Haus die entsprechenden Mittel zur Verfügung stelle, und dies könne nur geschehen unter kräftiger Anziehung der Steuerschraube. Er sei aber dem Abg. Wilckens dankbar, daß dieser den Mut gehabt habe, auszusprechen, daß eine Gehaltserhöhung nicht wie 1894 ausschließlich zu Gunsten der mittleren und niederen Beamten eintreten dürfe, sie müsse auch die höheren Beamtenklassen B, C und D umfassen. Das sei auch die Auffassung der Regierung. In diesen Klassen wandle Frau Sorge sehr viel umher (Sehr richtig), auch da tauche oft die bange Frage auf, wie es möglich sei, eine anständige Erziehung der Söhne und Töchter herbeizuführen. Ein sehr entscheidender Gesichtspunkt sei auch die Erhaltung und Gewinnung eines ausreichenden und guten Beamtenpersonals für die höheren Beamtenstellen. Das Verhältnis habe sich in dieser Hinsicht mit dem Aufblühen der Technik und Industrie, die eine Menge hochangesehener sozialer Stellungen bieten, für den Staat ungünstig gestaltet. Der Staat könne bezüglich des Gehaltes nicht entfernt das leisten, was Technik und Industrie, der Kaufmann und auch die großen Städte zu leisten vermögen. Die Anforderungen, die der Staat an seine Beamten stelle, steigerten sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, man müsse den Angestellten dafür zum Mindesten eine sorgenfreie Existenz bieten. Eine gute Verwaltung könne der Staatsminister nur dann durchführen, wenn er um sich und draußen im Lande einen Stab von tüchtigen Beamten habe. Ein drittes Moment sei, dafür zu sorgen, daß ein großer Teil des höheren Beamtenstandes aus den Beamtenfamilien sich rekrutiert, daß die Charaktereigenschaften sich forterben. Die angeführten Gründe seien die conditio sine qua non, unter der eine Erhöhung der Gehaltstarife durchgeführt werden könne. Der Redner wandte sich sodann der Reichsfinanzreform zu. Seiner Auffassung nach gebe es augenblicklich kaum eine wichtigere Frage als die einer anderweitigen Ausgestaltung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten. Es sei ein staatsrechtliches Unicum, wenn eine parlamentarische Körperschaft Ausgaben beschließen könne, ohne für Deckung sorgen zu müssen, wie dies jetzt z. B. bezüglich der Invalidenpensionen geschehe. Der Reichstag könne einfach die Deckung für solche Ausgaben auf die Einzelstaaten abschieben. Das sei ein anormales, ungesundes Verhältnis, das nicht im Sinne unseres ersten Reichskanzlers gelegen habe. Daß das Reich Kostgänger bei den Einzelstaaten sei, diesen Zustand habe Bismarck immer beseitigen wollen. Das Bedenkliche sei die Unberechenbarkeit des Entritts der Matrikularbeiträge und deren Höhe. Die Bevölkerung sei hierbei am meisten interessiert, die Finanzminister weniger. Es sei wünschenswert, daß der Reichstag in dieser Frage endlich einmal etwas mehr Entgegenkommen zeige. Sobald die Zolltarifvorlage Gesetz werde, würde ein reichlicheres Fließen der Einnahmequellen erschlossen werden und es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die verbündeten Regierungen dann eine Verbesserung der Reichsfinanzreform beantragen werden, wenigstens in dem Sinne, daß die Matrikularbeiträge nicht von einem Jahr zum andern in allzu großer Spannung sich bewegen. (Allseitiger Beifall.)

Abg. **Eckert** (Centr.) wünscht, daß die Reichsregierung den Widerstreit der Interessen bezüglich der Zolltarifvorlage zu einem guten Ende führen möge. Es sei notwendig, daß die Gründe, die seitens der Anhänger dieser Vorlage angeführt werden, ins Volk hinausgetragen würden angesichts der Agitation der Zollgegner. Es unterliege keinem Zweifel, daß eine Notlage in der Landwirtschaft herrsche, die Rentabilität werde immer geringer. Der Grund der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung liege in deren Notlage. Die von der Gegenseite vorgeschlagenen Abhilfemittel, Selbstzucht des Individuums, Weckung des Verantwortlichkeitsgefühls, Organisation 2c. seien schon alle in ausreichendem Maße in Anwendung gekommen, sie hätten aber nichts gefruchtet. Der Redner kommt dann auf die Frachtsätze zu sprechen und die Frage, wie hoch der Zoll gegriffen werden soll. Ein Ausgleich zwischen den Interessen des Konsumenten und des Produzenten, d. h. die Mittellinie müsse gefunden werden. Eine Verteuerung des Getreides werde dadurch nicht herbeigeführt, die Zolleinführung liege im Interesse der Gewerbetreibenden und der Gesamtbevölkerung. Der Redner ersucht am Schluß seiner Rede, der Landwirtschaft, der Stütze von Thron und Altar, den ihr zukommenden Schutz zu gewähren.

Staatsminister **v. Brauer** kommt auf seine neuliche Erklärung zurück. Seine Ausführungen seien hier im Hause in einer Weise besprochen worden, mit der er Ursache habe, zufrieden zu sein. Der Abg. Dr. Binz habe seine Worte am richtigsten aufgefaßt; der Kern habe in dem Hauptsatze gelegen, daß das Ministerium fortfahren werde, nach gemäßigt liberalen Grundsätzen die Verwaltung des Landes zu führen, und daß es neben und außerhalb der Parteien stehe. Wir kennen innerhalb Deutschlands nur eine konstitutionelle, nicht eine parlamentarische Regierung; es trifft daher nicht zu, daß wir uns anders ausgesprochen hätten, wenn auf jener Seite des Hauses (bei den Nationalliberalen) anstatt 24 42 gesessen hätten, wie der Abg. Wacker meinte. Unsere Ueberzeugung hängt nicht von einer zufälligen Konstellation des Hauses ab. Der Abg. Dr. Wilckens meinte, ich hätte die politischen Geschäfte etwas unterschätzt und berührte einige Punkte, sozusagen halbpolitische Angelegenheiten, die wir erledigen könnten. Der Redner erklärt, daß er in dieser Beziehung mit dem Abg. Dr. Wilckens ja schließlich auf demselben Boden stehe. Bezüglich der Berufung des Staatsrats Reinhard seien seine Ausführungen in vielen Zeitungen falsch wiedergegeben worden. Er habe den Wunsch und die Zweckmäßigkeit ausgedrückt, einen Korreferenten in besonderen Angelegenheiten zu besitzen, und habe dann fortgefahren, daß es, als man einen außerordentlich tüchtigen Verwaltungsbeamten gefunden, der Regierung nur angenehm war, daß er der anderen Konfession, der katholischen, angehört, weil es zweckmäßig sei, wenn im obersten Rate der Krone beide Konfessionen vertreten seien. Auch hier hat der Abgeordnete Dr. Binz das Richtige getroffen. Der Abg. Wacker hat auch richtig gesagt, daß das ein Zugeständnis an das Centrum nicht bedeute. Eben deshalb habe ich mich aber gewundert, daß er sagte, er hätte den Passus bezüglich der Konfession lieber gestrichen, wenn er das Konzept meiner Rede gehabt hätte. Ich sehe nicht ein weshalb. Wenn es sich um ein geheime Abmachung mit dem Centrum gehandelt hätte, dann ja; indeß wir sind ja darüber einig, daß ein Zugeständnis darin nicht liegen sollte, sondern daß es lediglich sachliche und geschäftliche Rücksichten gewesen sind, die uns geleitet haben.

Abg. **Eichhorn** (Soz.) erklärt gegen Minister Schenkel, seine Partei begnüge sich nicht mit der Rolle des Hechtes im Karpfenteiche, sie wolle auch positives schaffen. Er protestiere dagegen, daß sie antinational sei, wenn sie auch international sei. Auch das Kapital sei international, ebenso der Arbeitsmarkt. Wenn wir für Besserung der Verhältnisse eintreten, so thun auch wir das im Interesse unseres deutschen Vaterlandes. Was die Stellung zur Monarchie betrifft, so ist die Monarchie nichts so Unabänderliches, daß man unter allen Umständen auf ihrem Boden stehen müßte. (Wacker: Auch wenn man darauf geschworen hat?) Ich spreche hiervon nur im Allgemeinen.

Präsident: Wenn der Redner dazu kommen sollte, Bezug auf die badische monarchische Verfassung zu nehmen, so würde ich ihm das nicht gestatten.

Eichhorn fährt fort: Auch als Republik ist Frankreich angesehen. Kommt doch selbst der absoluteste Herrscher, der Zar, nach Frankreich um den Präsidenten zu besuchen. Die Religion ist etwas Innerliches, daß sie Privatsache sein muß. Daher perhorrescieren wir auf diesem Gebiete jeden Zwang, wie ihn z. B. in der Schulfrage, der Staat noch immer ausübt. Schenkels Schilderung vom Zukunftsstaat scheine aus Eugen Richters Schrift zu stammen. Wir zerbrechen uns über denselben die Köpfe noch garnicht, wir bekämpfen nur die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir machen keine Revolution. Daran denkt kein Sozialdemokrat mehr. Wir verschleiern unsere Ziele nicht; ich habe bei meinen Wahlreden diese Konsequenzen durchaus gezogen. Darum möge uns der Minister sofort scharf anfassen, was er für später in Aussicht stellte. Ueber zu große Gleichberechtigung mit anderen Parteien können wir uns schon jetzt nicht beklagen. So hat man uns voriges Jahr ein Flugblatt über die Reichspolitik beschlagnahmt. Gegen Opificius, der kein gemeiner Betrüger war und höchstens den Vorwurf der Bummelei verdient, hat man ein Verfahren anhängig gemacht, das sich bis unmittelbar vor die Landtagswahl hinzog. Man hat ihm außer der Strafe das Mandat aberkannt. Dann hat man ihm Erlaß der Strafe angeboten, für den Fall, daß er in den nächsten fünf Jahren der politischen Thätigkeit entsagt. Heute höre ich, daß der Justizminister das Anerbieten des Staatsanwaltes nicht gut geheißen hat. Opificius hat sich entschlossen, seine Strafe abzusitzen. Die Ueberwachung der Versammlungen läßt an Stärke Nichts zu wünschen übrig. Der Redner führt dafür einzelne Fälle an. Wir wollen kein Lob von der Regierung, sondern Gerechtigkeit, nicht mehr Respekt von ihrer Seite, sondern nur nicht weniger. Wenn Wackers Neid die Regierung veranlassen sollte, uns anders zu behandeln, so würde das im Volke wenig gefallen. Der Redner polemisiert sehr heftig gegen Wacker, der durch Zwischenrufe bestreitet, so gesprochen zu haben, wie es Eichhorn auffaßt.

Der **Präsident**, der ein Wort Eichhorns gegen Wacker nicht genau hören konnte, ersucht den Redner, sich nicht an den einzelnen Abgeordneten, sondern an das ganze Haus zu wenden.

Abg. **Eichhorn** (fortfahrend) will diesem Wunsche des Präsidenten zu entsprechen sich bemühen. Ich habe Wacker bisher nur von der Seite des unangenehmen Schulmeisterns kennen gelernt. Das ist zwar Geschmackssache. Aber ich bin politisch alt genug, um aus eigener Erfahrung die Schädlichkeit der Centrumspartei kennen gelernt zu haben. In der Wirtschaftsfrage habe die Nationalliberale Partei kein Recht, anderen Parteien Inkonsequenz vorzuwerfen. Die „Partei Drehscheibe“ sei heutzutage in diesen Fragen das reine Kaleidoskop. Calwers Ausführungen hätten sich hauptsächlich auf Amerika bezogen, von den Getreidezöllen sei nicht die Rede gewesen. Die ganze Partei sei gegen Getreidezölle. Gegen die Futterzölle hätten in diesem Hause zahlreiche Vertreter der Landwirtschaft gesprochen. Wir treten dafür ein, daß die Futterzölle für die Arbeiter nicht erhöht werden. Deutschland wird immer Getreide einführen müssen. Der Redner geht auf Einzelheiten der Agrarfrage ein. In Baden habe eine verzweifelt geringe Zahl von Landwirten Interesse an Erhöhung des Getreidepreises. Den wirklich notleidenden Landwirten zu helfen, sei auch seine Partei bereit. Man solle die Gemeindelasten vermindern, so besonders die Schullasten, die Sache des Staates seien. Auch die Abteilung Baden des Bundes der Landwirte habe verschiedene Forderungen aufgestellt, mit deren Erfüllung sehr wohl geholfen werden könnte. Beseitigung von Militarismus und Flottenwirtschaft würde der Landwirtschaft erheblich helfen und zugleich die Sittlichkeit auf dem Lande fördern. Der Redner verweilt bei diesem Thema länger. Der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte an die Militärbehörden werde auch in Baden nicht genügend erleichtert. So habe in einem Falle ein Bauer seine Ware beim Proviantamt zurückgewiesen bekommen mit der Begründung, sie sei schlecht. Als eine halbe Stunde später dieselbe Ware durch einen Händler dem Proviantamt angeboten wurde, habe es dieselbe anstandslos genommen. Von einer Verflüchtigung der Wirkung des Zolles auf dem Wege vom Händler zum Konsumenten könne nicht die Rede sein. Schon jetzt stiegen die Mehlpreise im Hinblick auf die künftigen Zölle. Wacker behandle die Arbeiter mit eigentümlicher Gerechtigkeit. Nicht immer hätten das die Pfarrer so gemacht. Der Redner verliest ein etwas derbes geistliches Lied aus dem 16. Jahrhundert über die Not der Armen.

Staatsrat **v. Dusch** protestiert gegen die Art, wie Eichhorn das Urteil des Gerichtes in Sachen Opificius besprochen habe. Das sei in der Weise noch nie in diesem Hause geschehen. Ein Gericht lasse sich zu politischen Zwecken nicht mißbrauchen. Opificius habe aus der Kasse des Lebensbedürfnisvereins einen Betrag von 500 M. ohne Berechtigung genommen. Gefehlt hätten in der Kasse noch 8 bis 9000 M. Daher kam die „Verschleppung“, da nachgeforscht werden mußte, woher der Fehlbetrag kam. Das Gericht habe die Handlungsweise des Angeklagten für ehrenrührig gehalten. Aus diesen Thatsachen lasse sich nachweisen, daß das Gericht sich in den Grenzen des Gesetzes gehalten habe. Was das Verfahren der Staatsanwaltschaft nach der Verurteilung betrifft, so gelte das Prinzip der bedingten Begnadigung für Personen unter 18 Jahren schon länger. Vor etwa zwei Monaten sei das Prinzip ausgedehnt worden für Ausnahmefälle von Personen über 18 Jahren. Einen Fall wie den vorliegenden konnte man nicht unter dieses Prinzip nehmen. Der Staatsanwalt habe das ohne Rücksprache mit der vorgesetzten Behörde auf Opificius ausdehnen wollen. Aber der Staatsanwalt habe nicht versucht, auf Opificius einen Druck im Sinne des Verzichtes auf politische Thätigkeit ausüben zu wollen. Das Ministerium habe lediglich aus den erwähnten juristischen Gründen es abgelehnt, auf Opificius die bedingte Begnadigung anzuwenden. In dem Wahlflugblatt, dessen Zurückziehung Eichhorn beklage, habe eine schwere Beleidigung, ja eine Beschimpfung des Reichstages gestanden. Da der Reichstag keine Beleidigungsklage stellte, konnte es später wieder freigegeben werden.

Abg. **Neuhaus** (Centr.) dankt der Regierung für die Eisenbahnvorlage Mittenberg und für einen Brückenbau, der geplant wird. Der Redner betont das Interesse der Industrie an dem Schutze der Landwirtschaft. Singer nenne das die Solidarität der Räuber, aber mit Unrecht. Kommen die höheren Getreidezölle nicht, so werden wir den Kampf Aller gegen Alle haben. Auch der Handel nehme nicht durchweg Stellung gegen die Zollerhöhung, wie die Verhandlungen des Handelstages gezeigt hätten. Die Belastung der Konsumenten sei nicht zu überschätzen, da seit 1879 die Löhne immer gestiegen seien. Desgleichen seien die Gehälter der Beamten immer erhöht worden. Man müsse mit dem Schutze der Landwirtschaft so weit gehen, wie es mit dem Abschluß von Handelsverträgen vereinbar ist.

Abg. **Wilckens** stellt gegen eine anders lautende Behauptung Eckerts fest, daß er sich nur dagegen ausgesprochen habe, daß die Besprechung des Zolltarifs so ausführlich und breit erfolgte, nicht dagegen, daß diese Frage überhaupt besprochen werde.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag Nachmittag 4 Uhr. **Fortsetzung der** heutigen Debatte.

Handel und Verkehr.

* **Frankfurt**, 23. Jan. (Telegraphischer Börsenbericht.) Das glänzende Resultat der Subskription auf die 3prozentige Reichs-Anleihe und die Preußischen Consols befestigte die deutschen Fonds. Auf den meisten übrigen Gebieten trat eine schwächere Tendenz zu Tage, besonders für Montanwerte. Banken behauptet. Spanier auf Paris sehr fest.

* **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) 3½% Baden in Gulden 99.90, 3½% Baden in Mark 100.20, 3½% dto. 100.20, 3% dto. 1896 90.90, Pfälzer Hypothekenbank 167.85, Bad. Zuckerfabrik 77.80, Norddeutscher Lloyd 110.90, Hamburg Amerika 112.20, Maschinenfabrik Grihner 162.—, Karlsruher Maschinenfabrik 205.—, La Veloce St.-Anl. Le 39.50, Oberrhein. Bank 113.80. Tendenz fest.

* **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel Amsterdam 168.47, London 20.405, Paris 81.30, Wien 85.275, Ital. 79.333, Privatdisk. 2¼, 3½% Deutsche Reichsanl. (abg. 3½%) 101.90, 3% Deutsche Reichsanl. 90.90, 3% Preuß. Consols (abg. 3½) 101.55, Oesterr. Goldrente 102.60, Oesterr. Silberrente 100.90, Oesterr. Lose von 1860 147.30, 4% Portug. 42.20, Deutsche Bank 206.90, Badische Bank 115.50, Rheinische Creditbank 139.25, Rheinische Hypothekenbank 171.90, Oesterr. Länderb. 107.50, Schweizer Nordost 102.60, Schweizer Union 99.50, Jura-Simplon 100.40.

* **Paris**, 23. Jan. An der heutigen Börse notierte: 3proz. Renten 100.32, 4proz. Spanier 77.75, D Türken 25.70, 4proz. Italiener 99.50, Ottoman 554.—, Rio Tinto 10.41.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleine Chronik.

w **Lindau**, 23. Jan. (Privat.) In vergangener Nacht wurde der Goldwarenhändler **Karl Bred**, in der Bahnhofstraße wohnhaft, in seinem Laden ermordet. Fast sämtliche kleinere Goldwaren sind geraubt worden. Der Thäter ist noch unbekannt.

✠ **Frankenthal**, 23. Jan. Zwei aus Amerika zurückgekehrte Pfälzer aus Bergzabern wurden als Leprakranke ins hiesige Krankenhaus gebracht.

w **Frankfurt a. M.**, 23. Jan. In der vergangenen Nacht verletzte auf der Wache des ersten Polizeireviers ein Metzger und Zuhälter namens Eckert zwei Schutzleute durch Stiche mit einem Schlächtermesser schwer. Ein dritter Schutzmann schlug Eckert nieder. Die beiden Verletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

w **Coblenz**, 23. Jan. Zwischen Pfaffendorf und Haschheim verübten gestern Abend drei Strolche auf den Buchhalter eines Bauunternehmers einen Raubanfall. 8000 M., die zur Lohnzahlung bestimmt waren, wurden geraubt. Der Buchhalter, sowie zwei Begleiter wurden durch Schüsse verletzt. Die Thäter flohen.

w **Berlin**, 23. Jan. Die Berliner Bildhauer Fritz Heinemann und Richard Grüttner erhielten den Auftrag, für die Halle des in Bretten (Baden) errichteten Melanchthon-Hauses überlebensgroße Standbilder von sieben Reformatoren herzustellen.

✠ **Marburg** (Steiermark), 23. Jan. Heute Nacht kam es auf der Draubrücke zu einem großen militärischen Exceß. Zwischen der einschreitenden Wache und den Excedenten fand ein förmliches Gefecht statt, wobei zahlreiche Dragoner, welche sich gegen die Wache auflehnten, zum Teil schwer verletzt wurden. Viele Excedenten wurden von dem einschreitenden Militär verhaftet.

Letzte Nachrichten.

✠ **Berlin**, 22. Jan. Die „Kreuzzeitung" schreibt: Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstage das Gerücht verbreitet, ein Teil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Zolltarif-Vorlage für Getreide eingestellten Sätzen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntnis durchaus nicht die Rede sein. Im Gegenteil ist die konservative Partei einmütig der Ueberzeugung, daß diese Sätze nicht ausreichend sind, der Landwirtschaft den anerkannt notwendigen Schutz zu gewähren.

✠ **Berlin**, 23. Jan. Auf Grund von vertraulichen Besprechungen zwischen Mitgliedern der Rechten und des Centrums im Reichstage ist der für die dritte Lesung der Novelle zum Branntwein-Steuergesetz vorbereitete Kompromiß-Entwurf nunmehr fertig gestellt worden. Er hat bereits gegen 30 Unterschriften erhalten und besteht, wie eine parlamentarische Korrespondenz angiebt, aus drei Artikeln. Er enthält eine wesentliche Begünstigung der Kleinbrenner. Die neue Staffelung ist gleichmäßig für landwirtschaftliche und gewerbliche Brennereien. Die Branntwein-Exportvergütung bei der Ausfuhr von Branntwein beträgt 6 M. pro Hektoliter reinen Alkohols.

✠ **Berlin**, 23. Jan. Im Reichstag wurde vom Centrum die Interpellation betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes eingebracht.

✠ **Berlin**, 23. Jan. Die Beratungen der Zolltarifkommission des Reichstags wurden heute beim Absatz 11 des § 5 fortgesetzt, welcher sich mit der zollfreien Einfuhr von Kunstgegenständen für bestimmte Zwecke befaßt. Dazu liegen zwei Anträge der Sozialdemokraten und von dem Abg. Gothein vor, welcher die zollfreie Einfuhr von Kunstgegenständen verallgemeinern will. Nach längerer Diskussion wurde unter Ablehnung der Regierungsfassung und des sozialdemokratischen Antrags folgende Abfassung beschlossen: Die Kunstsachen, welche für Kunstausstellungen oder für öffentliche Zwecke oder als Lehrmittel für den Anschauungsunterricht bestimmt sind, genießen Zollfreiheit. Absatz 12 des § 5 wurden in der Regierungsfassung angenommen. Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

✠ **Berlin**, 23. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags hat heute weitere Teile des Extraordinariums der Marine-Verwaltung mit einigen geringen Abstrichen angenommen. Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

✠ **Wien**, 23. Jan. Aus Hofkreisen wird berichtet, Kaiser Wilhelm werde Anfang Mai nach Petersburg reisen und sodann dem Kaiser Franz Josef in Wien einen Besuch machen. („Berl. Morgenp.")

w **Wien**, 23. Jan. Heute Vormittag fand in der Josefskapelle der Hofburg die Trauung der Erzherzogin Elisabeth Marie mit dem Prinzen Otto zu Windischgrätz durch den Bischof Mayer unter Assistenz zahlreicher Geistlicher statt. Der Trauung wohnten der Kaiser, die Erzherzöge und Erzherzoginnen, sowie Graf Goluchowski bei. Nach der Trauung empfing der Kaiser die Neuvermählten in Audienz.

w **Lemberg**, 23. Jan. Nach einer weiteren Meldung über die vorgestrigen Demonstrationen ist es einer Anzahl Manifestanten doch gelungen, vor dem russischen Konsulat, das nicht genügend bewacht war, durch Schreien und Singen polnischer Lieder zu demonstrieren. Das Konsulatschild wurde anscheinend durch einen Steinwurf durchlocht. Die Menge wurde durch Militär zerstreut. Vor dem deutschen Konsulat, das von Militär bewacht war, kamen keinerlei Ruhestörungen vor.

w **Pest**, 23. Jan. Ministerpräsident v. Szell wurde, als er heute zum erstenmal nach seiner Krankheit wieder im Abgeordnetenhause erschien, mit begeisterten Kundgebungen empfangen.

w **Nizza**, 23. Jan. Das Befinden des Don Jaime, des Sohnes Don Carlos, giebt von neuem zu Besorgnissen Anlaß. Don Carlos weilte gestern wiederholt am Krankenlager seines Sohnes.

w **London**, 23. Jan. „Daily Chronicle" meldet aus guter Quelle: In Indien seien Nachrichten eingelaufen, daß möglicherweise im Frühjahr in Afghanistan Wirren ausbrechen dürften. Im Punjab glaubt man allgemein, daß im Laufe des Winters sich russische Truppen an der Nordgrenze von Afghanistan ansammelten und möglicherweise in Afghanistan einfallen werden, sobald der Schnee schmilzt. Wie das Blatt weiter erfährt, sind an der britischen Grenze Defensiv-Maßregeln ergriffen worden, um allen eintretenden Ereignissen zu begegnen. Im Punjab werden die militärischen Manöver im Februar, also zu einer ganz ungewöhnlichen Zeit stattfinden. Es wird Alles demnächst auf Kriegsfuß sein. Einige Regimenter sammeln sich bereits im Hinblick auf ernste Verwickelungen. Längs der Grenze werden Arsenale und Vorratshäuser angelegt.

w **London**, 23. Jan. Die Bank von England setzte den Bankzinsfuß auf 3½ Proz. herab.

w **Pera**, 23. Jan. Der deutsche Botschafter Marschall v. Bieberstein wurde gestern Abend zum Diner nach dem Yildiz-Kiosk geladen und danach vom Sultan in Audienz empfangen.

w **Paris**, 23. Jan. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Ministerium den Zeitpunkt für die nächsten Wahlen bereits festgesetzt habe. Der erste Wahlgang soll am 27. April, die Stichwahlen am 11. Mai stattfinden.

w **Paris**, 23. Jan. Der „Matin" meldet aus Toulon, daß das Panzerschiff „Charlemagne" Befehl erhalten habe, in geheimer Mission nach Tanger abzugehen. Man vermutet, daß diese Mission mit der Ermordung der beiden Hauptleute der Fremdenlegion, welche einer marrokkanischen Räuberbande zum Opfer gefallen sein sollen, in Zusammenhang stehe.

✠ **Peking**, 23. Jan. Bischof Bermin, Mitglied der Mission der orientalischen Mongolei, ist hier eingetroffen. Ein Beamter von Ping-No hat ihn wissen lassen, er solle seiner Mission mitteilen, daß dieselbe angegriffen werden würde. Der Gouverneur hat hierauf zehn Soldaten zum Schutze der Mission abgesandt. Der Bischof von Peking glaubt nicht an einen allgemeinen Aufstand.

w **Tientsin**, 23. Jan. Der dem Kommando der deutschen Besetzungsbrigade zugeteilte Leutnant Mutius wurde auf einem Patrouillonritt in der Nähe von Chunliangchenz, 16 Meilen von hier von Räubern durch einen Schuß in die rechte Schulter schwer verletzt.

Der südafrikanische Krieg.

✠ **Washington**, 23. Jan. Im Senat beantragte der Senator Teller, den Präsidenten Roosevelt aufzufordern, von England die Abänderung des Urteils gegen Scheepers zu verlangen und zwar im Interesse der Menschlichkeit und zwecks Anerkennung der Genfer Konvention. Die Verurteilung Scheepers müsse die Intervention der amerikanischen oder einer anderen Regierung hervorrufen. Der Krieg, wie er auch geführt werde, müsse mit Menschlichkeit geführt werden. Man glaubt, daß die Meldung, Scheepers sei bereits hingerichtet, auf einem Irrtum beruhe. Scheepers solle erst am nächsten Samstag hingerichtet werden.

✠ **Haag**, 23. Jan. Präsident Krüger läßt in den Blättern erklären, daß weder die in Europa befindlichen, noch die südafrikanischen Burenführer irgendwelche Friedens-Initiative ergreifen werden. England kenne die Bedingungen der Buren, welche auf voller Unabhängigkeit bestehen. Andere Bedingungen würden die Burenführer niemals annehmen.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung.

w **Berlin**, 23. Jan.

Am Bundesratstische Posadowsky und Möller.

Präsident Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist die Interpellation des Grafen Hompesch (Centr.) betr. Stellungnahme des Bundesrats zum Jesuitenantrage. Die Interpellation soll in nächster Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats.

Abg. Bassermann (nat.-lib.) bedauert namens seiner Partei, daß die Novelle zum Krankenkassengesetz noch nicht in Aussicht steht. Für die Gewerbegerichte möchte er das Proportionalwahlsystem eingeführt sehen. Der Redner fragt, wie es mit der Mindestruhezeit im Binnenschiffahrt-Gewerbe stehe. Die Regelung der kaufmännischen Schiedsgerichte stehe noch immer aus. Im Weiteren wünscht der Redner, daß staatlicherseits für den Ausbau der Arbeitsnachweise gesorgt werde.

Die Sitzung dauert fort.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. vom 23. Jan.

Ein barometrisches Maximum befindet sich heute über den Alpen, eine Depression dagegen nördlich von Schottland. In Mitteleuropa ist das Wetter mild, trüb und vielfach neblig, stellenweise fällt leichter Regen. Weiteres Anhalten des bestehenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Gicht

Als **wirksamstes** und dabei **unschädlichstes Mittel** empfehlen die **ersten medicinischen Autoritäten:** 14001

Sidonal (chinasaures Piperazin)

Käuflich in den Apotheken.

Vereinigte Chemische Werke Act.-Ges. Charlottenburg.

Gesetzlich geschützt. **Echt Benedeck-Likör** Gesetzlich geschützt.

früher Benedictine genannt

anerkannt der vorzüglichste aller Liköre

alleinige Fabrikanten

Deutsche Benedictine Liqueur-Fabrik

Friedrich & Comp.

Waldenburg (Schlesien)

(Rezept streng bewahrtes Geheimnis der Firma.)

Erhältlich in allen besseren Geschäften der Branche.

Erhältlich in allen besseren Geschäften der Branche. 9993

P. Bang Hoflieferant * Karlsruhe Amalienstrasse 39, 1. Etage. Telephon Nr. 1198.

Atelier feinster **Herrenschneiderei.**

Anfertigung sämtlicher Hof- & Staatsuniformen.

1611

August Herling & Cie.

G. m. b. H.

Karlstrasse 78 **Karlsruhe** Telefon 1237

empfehlen sich zur **Uebernahme sämtlicher Asphalt- und Cement-Arbeiten.**

Eindeckung v. Dächern m. Dachpappe, Holzcement u. Reitfalzziegeln.

Lieferung von Asphalt-Dachpappe, Holzcement, Holzcementpapier und **Ia. Portland-Cement.** 1012

Spezialität: Fabrikation von Köhlers Reitfalzziegeln (D. R. P. A. G. M.)

Emil Bürkel,

48 Waldstraße, Karlsruhe, Waldstraße 48,

Weißwaren- und Ausstattungsgeschäft.

Leinen- und Baumwollwaren, 1054

Bettfedern, Daunen, Rosshaare, Wolle.

Anfertigung von Betten und Wäsche.

Lieferung ganzer Ausstattungen.

Palmer, Kappus & Cie. in Jerusalem.

Generalvertretung: Adolph Klett,

Hirschstrasse 30, **Stuttgart.**

Orientreisen

Frühjahrsreisen nach Aegypten, Palästina, Griechenland, Türkei. Nilreisen.

Reisedauer 19—75 Tage. Preise Mk. **690—3100** je nach Umfang der Reise.

Für **Einzelreisende** vollständiges System von zusammenstellbaren Rundreisescheinen, auch für den Landaufenthalt, Führer, Besichtigungen etc.

Ausführliche illustrierte Programme kostenfrei durch obige Generalvertretung, sowie durch **J. J. Heselschwerdt** in **Frankfurt a. M.**, Kronprinzenstr. 30 und Lic. **Dr. Benzinger**, derzeit in **Kairo**, per Adr. Hornstein, Peristiani u. Cie. 8120

Privatspargesellschaft.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der ausgestellten Bescheinigungen

Donnerstag, den 23. Januar,
Freitag, „ 24. „ und
Samstag, „ 25. „

morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr in unserem Kassenlokal, Zirkel 21, wieder ausgefolgt.

An diesen 3 Tagen können Zahlungen an Spargeldern weder angenommen noch geleistet werden.

Die Entgegennahme von Kapitalschuldzinsen erleidet dagegen keine Unterbrechung.

Am **Montag, den 27. ds. Mts., ist die Kasse wegen des Kaiserfestes geschlossen.**

Karlsruhe, den 22. Januar 1902. 2290

Der Verwaltungsrat.

Sevin.

Sanatorium Gut Waldhof

für nervenkranke Damen und Erholungsbedürftige. 1467

Littenweiler bei Freiburg i. Br. (Schwarzwald).

Das ganze Jahr geöffnet. Prospekte. **Dr. Ernst Beyer.**

Der **Besitzer des ältesten, grössten und frequentiertesten Hôtels** (536 Jahre bestehend) **einer der garnisonsreichsten Städte Süddeutschlands** beabsichtigt, sein **aus mehreren Häusern bestehendes Anwesen** umzubauen, bezw. zu einem den modernen Anforderungen entsprechenden einheitlichen Ganzen umzugestalten. Das mit einem durch seine Küche renommierten, **feinen Restaurant,** verbundene

Hôtel

im Werte von 350 000 Mk. wird u. a. vorzüglich seitens der **reisenden Kaufleute** frequentiert (verschänkt werden jährlich 100 hl Bier, 100 hl Wein) und wirft bei einem Jahresumsatze von zuletzt 75 000 Mark einen nachweisbar reichlichen, jährlich steigenden Reinertrag ab. Um nun sein Unternehmen auf dem Platze überhaupt konkurrenzlos zu machen, sucht man einen

Teilhaber 7247

welcher vorläufig ca. 30 000 Mk. einschiesst und gewillt ist, je nach Uebereinkunft seinerzeit das ganze Besitztum zu übernehmen, am liebsten einen unverheirateten Herrn, welcher sich hier eine sichere Existenz gründen kann. Offerten nur von solventen Selbstreflektanten befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW,** sub **J. Z. 5113.**

Einem **tüchtigen Gießerei-Fachmann** ist **Gelegenheit geboten,** durch Uebernahme der Leitung einer neuerbauten Eisengießerei einer rheinisch-pfälzischen Stadt, welche wegen der plötzlich eingetretenen Niederkonjunktur außer Betrieb kam, unter ganz besonders günstigen Bedingungen **selbständig zu werden.**

Einiges Vermögen erforderlich. Anfragen vermittelt sub **K. A. 6160 Rudolf Mosse, Köln.** 8248

Königreich Sachsen.

Technikum Hainichen

für Maschinen- u. Elektrotechnik. Praktikum f. Masch.- u. Elektrot. Staatl. Oberaufs. Progr. kostenfr.

Direktor: E. Boltz. 9400

Reisende, Agenten

an jedem Platz sofort gesucht zum Vertrieb eines epochemachenden Patentartikels. Unentbehrlich für Jedermann.

M. Jonen & Co., Düsseldorf, Charlottenstr. 7. 82

Täglich 30 Mark

verdienen Herren und Damen (jedes Standes) durch den Verkauf eines neuen Artikels. Auskunft erteilt gratis u. frank. **Gg. Beck** in **Lille,** Frankreich.

Das Stimmen,

sowie

Reparaturen

an

Flügeln, Pianinos

und 1221

Harmoniums

in solidester Ausführung

übernimmt zu mässigen Preisen

Ludwig Schweisgut

Hofl., Erbprinzenstrasse 4.

Ein junger Mann, 24 Jahre alt, sucht Stellung als

Jagd-Aufseher,

gestützt auf prima Militär-Zeugnisse, ged. Husar, Gefreiter, kundig in Jagd, Hundedressur und Raubzeugvertilg., früherer Jagdaufseher-Sohn. Gehalt nach Uebereinkunft. Näheres in der Expedi. ds. Bl. unter Nr. 7029.

Verantwortlicher Redakteur: Felix v. Eckardt, für Reklamen und Inserate: Georg Bix, beide in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe